

## Gary Johnson bei CATO

USA

LUKAS STOCKINGER

November 2010

[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Gary Johnson sprach im Rahmen einer Cato- Veranstaltung vor Studenten über seine Erfahrungen als ehemaliger Gouverneur von New Mexico, seine politischen Ansichten und die mögliche Zukunft in der Drogenbekämpfung. Gary Johnson gründete 1976 Big J, eine Firma, die sich mit Konstruktionstechniken auseinandersetzt. Aus einem Ein-Mannunternehmen machte er einen Großkonzern mit 1000 Mitarbeitern in Albuquerque und schaffte es 1994, als Quereinsteiger zum Gouverneur von New Mexico gewählt zu werden.

In seiner ersten Amtszeit konzentrierte es sich vor allem auf den Abbau des Budgetdefizits in New Mexico und schaffte dies durch Kürzungen der Staatsausgaben. Er wurde mit einer klaren Mehrheit im Amt bestätigt und konzentrierte sich in seiner zweiten Amtszeit auf die Themen Ausbildung und Drogenpolitik. Sein Vorschlag für eine Ausbildungsreform scheiterte allerdings an der Mehrheit der Demokraten in beiden Häusern des Bundesstaates.

### War on Drugs

Johnson wurde über die Grenzen von New Mexico bekannt, weil er für einen Republikaner eine äußerst liberale Drogenpolitik vertritt. Seiner Meinung kann man dem Marihuana Problem in den USA nur mit einer Entkriminalisierung entgegenreten. Durch Legalisierung könnte man Gelder für die Strafverfolgung einsparen und darüber hinaus Steuern einnehmen. Johnson erklärt, dass es keine Studie gibt, die beweist, dass - wie von der Regierung proklamiert - Marihuana eine Einstiegsdroge ist. Ein offener Umgang mit der Thematik ist der einzige Weg, wie man die Drogenpolitik verbessern könnte. Johnson verweist auch auf die Niederlande und Portugal, wo eine Entkriminalisierung durch Legalisierung von Drogen stattgefunden hat, was sich positiv auf die Drogenbekämpfung ausgewirkt hat. Kleine Mengen für den persönlichen Gebrauch sollen erlaubt sein, gekoppelt mit Altersbeschränkungen. Durch diese Änderungen würde man Millionen Dollar in Gefängnissen einsparen. Durch eine Legalisierung von Marihuana könnte man überdies auch dem Drogenschmuggel an den Grenzen entgegenreten.

In Kalifornien entschieden die Bürger im Rahmen der Zwischenwahlen über die Proposition 19, die den Anbau und den Besitz von Marihuana erlauben würde. Der Antrag wurde mit 54 zu 46 Prozent von der Bevölkerung abgelehnt.

### Illegale Immigranten

Im Gegensatz zu vielen anderen Republikanern hat Johnson sehr moderate Positionen zu illegalen Immigranten. Er hält einen Zaun, wie er von verschiedenen Politikern wie etwa John McCain gefordert, für die falsche Lösung: das würde enorme Kosten, aber keinen entscheidenden Vorteil mit sich bringen. Johnson will den illegalen Einwanderer in den USA ein Arbeitsvisum aushändigen und deren Aufenthalt dadurch entkriminalisieren. Dadurch würden sie sich legal in den Vereinigten Staaten aufhalten, besteuert werden und darüber hinaus würde der Staat zu Einnahmen kommen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

### Small Government

**USA**

LUKAS STOCKINGER

**November 2010**

[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Gary Johnson ist ein Verfechter von Small Government in vielen Belangen und steht somit im krassen Gegensatz zu den Positionen Obamas. So wenig Staat wie möglich ist die erklärte Maxime. Er sieht zum Beispiel die freie Schulwahl als mögliche Lösung für das Schulsystem in den USA. Er will die Kompetenzen hinsichtlich der freien Schulwahl an die Bundesstaaten abgeben. Durch diese Entscheidung würde es stärkere Konkurrenz zwischen den Schulen geben, die zu einer Verbesserung der Qualität führen. Dasselbe System möchte Johnson in Hinblick auf die Sozialhilfe einführen. Auch in das Gesundheitssystem solle der Staat nicht eingreifen. Durch Konkurrenz würde es günstigere Leistungen geben, dies wäre besser als 30 Millionen in ein System zu pressen, was es noch teurer machen würde, wie Johnson die aktuelle Gesundheitsreform von Präsident Obama kritisierte.

### Verteidigungspolitik

Die Kriege im Irak und in Afghanistan sieht Johnson sehr problematisch. Die Militärausgaben seien eindeutig zu hoch. Er würde die Ausgaben drastisch verringern, da es nicht die Aufgabe der Amerikaner sei, Nationbuilding zu betreiben. Es gäbe im eigenen Land genug Probleme zu bewältigen.

Johnson wird als möglicher Republikanischer Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 2012 gehandelt. Das ist insofern bemerkenswert, da seine Positionen nicht zu denen eines „üblichen Republikaners“ zählen.